

Jahresabschluss und zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA

zum 31. Dezember 2017

Zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA	3
<hr/>	
Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA	5
Gewinn- und Verlustrechnung Drägerwerk AG & Co. KGaA 1. Januar bis 31. Dezember 2017	5
<hr/>	
Bilanz Drägerwerk AG & Co. KGaA zum 31. Dezember 2017	6
<hr/>	
Anhang der Drägerwerk AG & Co. KGaA	8
Wesentliche direkte und indirekte Beteiligungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA	36
Organe der Gesellschaft	40
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	44

Zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Seit dem Geschäftsjahr 2014 werden der Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der Lagebericht des Dräger-Konzerns gemäß § 315 Abs. 5 HGB zusammengefasst und im Konzern-Geschäftsbericht veröffentlicht. Der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 werden beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht und im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG DRÄGERWERK AG & CO. KGAA 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER

in Tsd. €	Anhang	2017	2016
Umsatzerlöse	5	1.067.099	1.006.160
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		- 192	- 556
Andere aktivierte Eigenleistungen		3.679	5.259
Sonstige betriebliche Erträge	6	58.498	72.612
Materialaufwand	7	- 554.458	- 537.000
Personalaufwand	8	- 256.751	- 238.844
Abschreibungen	9	- 32.490	- 28.969
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	- 278.680	- 279.930
Erträge aus Beteiligungen	11	1.255	3.441
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	12	167.169	107.026
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		3.585	744
Abschreibungen auf Finanzanlagen		-	- 13
Aufwendungen aus Verlustübernahme aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen	12	- 48	- 45.298
Zinsergebnis	13	- 9.840	- 11.245
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14	- 16.647	- 15.420
Ergebnis nach Steuern		152.179	37.967
Sonstige Steuern		- 1.229	- 1.801
Ergebnis vor Ausschüttung auf das Genussscheinkapital		150.950	36.166
Ausschüttung auf das Genussscheinkapital Serie D		- 2.607	- 1.077
Jahresüberschuss		148.343	35.089
Gewinnvortrag		395.535	363.211
Bilanzgewinn	40	543.878	398.300

BILANZ DRÄGERWERK AG & CO. KGAA ZUM 31. DEZEMBER

in Tsd. €	Anhang	31. Dezember 2017	31. Dezember 2016
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände	16	16.254	20.083
Sachanlagen	17	206.020	187.368
Finanzanlagen	18	613.668	604.592
Anlagevermögen		835.942	812.044
Vorräte	19	115.753	113.328
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20	52.960	53.320
Übrige Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	20	548.759	501.559
Guthaben bei Kreditinstituten		82.241	21.709
Umlaufvermögen		799.713	689.917
Rechnungsabgrenzungsposten	21	9.923	7.254
Aktive latente Steuern	22	48.693	44.049
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	23	2.323	6.899
Summe Aktiva		1.696.594	1.560.161

in Tsd. €	Anhang	31. Dezember 2017	31. Dezember 2016
Passiva			
Gezeichnetes Kapital	24	45.466	45.466
Kapitalrücklage	25	237.217	237.217
Gewinnrücklagen	26	199.191	199.191
Andere Gewinnrücklagen		199.191	199.191
Bilanzgewinn	27	543.878	398.300
Genussscheinkapital, Grundbetrag: 14.488 Tsd. € (Serie D)	29	28.511	28.511
Eigenkapital		1.054.263	908.685
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		116.482	115.713
Übrige Rückstellungen		111.149	103.336
Rückstellungen	30	227.630	219.049
Genussscheinkapital, Grundbetrag: 6.777 Tsd. € (Serien A+K)		15.588	15.588
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		157.169	182.509
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		95.302	81.735
Übrige Verbindlichkeiten		145.920	151.907
Verbindlichkeiten	31	413.979	431.738
Rechnungsabgrenzungsposten		722	689
Summe Passiva		1.696.594	1.560.161

Anhang der Drägerwerk AG & Co. KGaA 2017

1 ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist die Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, die keine Anteile hält. Das gezeichnete Kapital der Komplementärin beträgt 1,0 Mio. EUR.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA mit Sitz in Lübeck ist unter der HRB 7903 HL im Registergericht Lübeck registriert.

Der Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst; sie werden im Anhang gesondert ausgewiesen. Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Tausend Euro (Tsd. EUR) angegeben, dadurch können Rundungsdifferenzen entstehen.

2 CORPORATE GOVERNANCE

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht worden (siehe Geschäftsbericht des Dräger-Konzerns oder Internetseite www.draeger.com, Rubrik Investor Relations/Corporate Governance).

3 WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem am Tage des Geschäftsvorfalles gültigen Devisenkurs erfasst.

Zum Bilanzstichtag werden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet, sofern sie eine Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger aufweisen. Kursgewinne und -verluste aus dieser Umrechnung werden erfolgswirksam berücksichtigt. Bei Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden nur die Verluste aus Fremdwährungskursänderungen erfasst. Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung werden im Anhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen.

4 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Entgeltlich erworbene **Immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Dabei wird von einer Nutzungsdauer von längstens vier Jahren ausgegangen. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Gegenstände des **Sachanlagevermögens** werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer. In den Anschaffungskosten sind gemäß § 255 Abs. 1 HGB auch Anschaffungsnebenkosten sowie nachträgliche Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von

Anschaffungskostenminderungen enthalten. In die Herstellungskosten werden die Material- und Fertigungseinzelkosten, die Sonderkosten der Fertigung sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten in angemessenem Umfang und der Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, einbezogen. Forschungs- und Vertriebskosten werden nicht berücksichtigt. Zinsen für Fremdkapital hingegen finden Berücksichtigung. Geschäfts- und Fabrikgebäude werden in längstens 50 Jahren, Gebäudeeinbauten werden in längstens 10 Jahren, Technische Anlagen und Maschinen in längstens acht Jahren, Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung überwiegend in zwei bis fünf Jahren, längstens in 15 Jahren abgeschrieben. Bis zum 31. Dezember 2009 zugegangene Gegenstände des beweglichen Sachanlagevermögens werden mit den steuerrechtlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben. Auf danach zugegangene Vermögensgegenstände wird die degressive Abschreibung nur noch angewendet, wenn sie dem tatsächlichen Werteverzehr des Anlagevermögens entspricht. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert bis 150 EUR werden sofort aufwandswirksam erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 150 EUR bis zu 410 EUR werden im Geschäftsjahr als Zugang erfasst, in dem Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im gleichen Geschäftsjahr als Abgang berücksichtigt.

Im **Finanzanlagevermögen** werden die **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** mit den Anschaffungskosten, beziehungsweise bei voraussichtlich dauernder Wertminderung, mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Unverzinsliche beziehungsweise niedrig verzinsliche **Ausleihungen** werden mit dem Barwert, marktüblich verzinsten Ausleihungen mit dem Nominalwert, angesetzt. Abzinsungen werden als Abschreibungen und Aufzinsungen als Zuschreibungen im Anlagegitter ausgewiesen. Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Buchwert von Gegenständen des Anlagevermögens über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kursgewinne beziehungsweise -verluste aus der Bewertung von auf fremde Währung lautenden Finanzanlagen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise Aufwendungen ausgewiesen.

Bei den **Vorräten** werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Handelswaren sowie die geleisteten Anzahlungen zu durchschnittlichen Anschaffungskosten oder den niedrigeren Stichtagswerten angesetzt. Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie der nicht abgerechneten Leistungen erfolgt zu Herstellungskosten; die durchschnittlichen Herstellungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Einzelkosten für Material und Lohn, Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens. Bestandsrisiken, die sich aus Lagerdauer und verringerter Verwertbarkeit ergeben, sind durch ausreichende Abwertungen berücksichtigt. Zinsen für Fremdkapital sind nicht Bestandteil der Herstellungskosten.

Die Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen beziehungsweise Abschlagszahlungen auf bereits erbrachte, aber nicht abgerechnete Leistungen werden zum Nennwert erfasst und offen von den Vorräten abgesetzt.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert unter Abzug erforderlicher Wertberichtigungen angesetzt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Vornahme von pauschalen Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Unverzinsliche beziehungsweise niedrigverzinsliche Forderungen mit Laufzeiten von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Derivative Finanzinstrumente werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Zeitwert werden Drohverlustrückstellungen gebildet, wenn diese nicht in einer Bewertungseinheit sind. Liegt kein verlässlich ermittelbarer Marktwert vor, wird der beizulegende Zeitwert aus dem Marktwert gleichartiger derivativer Finanzinstrumente abgeleitet oder mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Hierzu zählen die Discounted-Cash-Flow-Methode (Barwertverfahren) und das Black-Scholes-Modell (beim Vorliegen von Optionen). Dabei stellen die verwendeten marktgerechten Zinsstrukturkurven und Wechselkurse die wichtigsten Einflussgrößen für die Modelle dar.

Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Anlage- sowie Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten sowie Rückstellungen und Verbindlichkeiten ermittelt. Dabei werden bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei den Organgesellschaften bestehen. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge und Zinsvorträge berücksichtigt. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Drägerwerk AG & Co. KGaA. Die latenten Steuerabgrenzungen werden in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung beziehungsweise -entlastung nachfolgender Geschäftsjahre gebildet. Steueransprüche aus Verlust- und Zinsvorträgen werden nur berücksichtigt, wenn ihre Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre hinreichend gesichert erscheint.

Das **Genussscheinkapital der Serie D** wird aufgrund der Genussscheinbedingungen als bilanzielles Eigenkapital beurteilt. Es wird daher unter Erweiterung des gesetzlichen Gliederungsschemas als gesonderter Posten des Eigenkapitals unterhalb des Bilanzgewinns der Drägerwerk AG & Co. KGaA ausgewiesen. Der Grundbetrag des Genussscheinkapitals wird in der Vorspalte vermerkt. Die Genussrechte verlieren durch die bilanzielle Behandlung des Genussscheinkapitals nicht ihre obligatorische Rechtsnatur. Das über den Grundbetrag hinaus erzielte Aufgeld kann daher nicht in die Kapitalrücklage eingestellt oder einer anderen Verwendung zugeführt werden. Das Agio bleibt insoweit untrennbarer Bestandteil des Bilanzpostens ›Genussscheinkapital‹. Die Ausschüttung auf die Genussscheine der Serie D vermindert den Jahresüberschuss beziehungsweise erhöht den Jahresfehlbetrag. Der Ausschüttungsbetrag wird als gesonderter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung vor dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag ausgewiesen.

Das **Genussscheinkapital der Serien A und K** wird als langfristiges Fremdkapital bilanziert, da die Genussscheinbedingungen dieser Serien unter anderem eine Mindestdividende beziehungsweise keine Verlustübernahme enthalten. Die zivilrechtliche Einordnung der Genussrechte als Gläubigerrechte schuldrechtlicher Art hat zur Folge, dass die Ausschüttung auf das Genussscheinkapital zu Lasten des Jahresergebnisses zu verrechnen ist. Die Ausschüttung auf die Genussscheine der Serien A und K wird im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2005 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtun-

gen berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Auf- beziehungsweise Abzinsung der Pensionsverpflichtungen basiert auf dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren.

Die zum 1. Januar 2005 eingeführte betriebliche Altersversorgung für die deutschen Gesellschaften setzt sich aus den drei Stufen – arbeitgeberfinanzierte Grundstufe, arbeitnehmerfinanzierte Aufbaustufe und arbeitgeberfinanzierte Zusatzstufe – zusammen. Der Versorgungsaufwand bei der arbeitgeberfinanzierten Grundstufe richtet sich nach dem Einkommen des Mitarbeiters. Im Rahmen der arbeitnehmerfinanzierten Aufbaustufe hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, seinen Versorgungsanspruch durch Entgeltumwandlung zu erhöhen. Die Höhe des Versorgungsbeitrags in der arbeitgeberfinanzierten Zusatzstufe ist abhängig vom Mitarbeiterbeitrag im Rahmen der Entgeltumwandlung sowie vom Geschäftserfolg (EBIT) des Dräger-Konzerns.

Die Versorgungskonten der Mitarbeiter weisen eine Mindestverzinsung in Höhe von 2,75 % auf. Die finanziellen Mittel aus der neuen Versorgungsordnung werden in einem ausschließlich für Dräger aufgelegten Spezialfondsvermögen angelegt, das besonderen Verfügungsbeschränkungen unterliegt. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Pensionsrückstellungen erfasst. Übersteigt der Wert des Deckungsvermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als **›Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung‹**.

Die **Rückstellungen** werden so bemessen, dass sie allen erkennbaren Risiken auf der Grundlage vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung und ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Langfristige Rückstellungen werden mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden von der Bundesbank veröffentlichten Marktzinssatz abgezinst.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen werden gesondert unter dem Posten ›Zinsen und ähnliche Aufwendungen‹ ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Der Wertansatz der **Haftungsverhältnisse** entspricht dem am Abschlussstichtag bestehenden Umfang der möglichen Haftung. Bei Haftungsverhältnissen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden neben den verbürgten Höchstbeträgen die zum Bilanzstichtag tatsächlich in Anspruch genommenen Kreditbeträge vermerkt.

Die **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** aus Dauerschuldverhältnissen werden mit dem Nominalwert bewertet und vermerkt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

5 UMSATZERLÖSE

Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen und geographischen Regionen ist der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

UMSATZERLÖSE		
in Tsd. €	2017	2016
Aufgliederung nach Geschäftsfeldern	1.067.099	1.006.160
Geräte	833.222	659.817
Leistungen	233.877	346.343
Aufgliederung nach Regionen (Absatzgebiete)	1.067.099	1.006.160
Deutschland	230.654	235.945
übriges Europa	288.004	251.942
Amerika	214.911	197.105
Asien Pazifik	278.003	273.061
Sonstige (wie Afrika, Australien)	55.527	48.107

Ein hoher Anteil der Umsatzerlöse der Drägerwerk AG & Co. KGaA resultiert aus Geschäften mit Tochtergesellschaften.

6 SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen Erträge aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 20,8 Mio. EUR (2016: 23,8 Mio. EUR), Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 13,8 Mio. EUR (2016: 26,2 Mio. EUR) sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 12,8 Mio. EUR (2016: 9,0 Mio. EUR) enthalten.

7 MATERIALAUFWAND

MATERIALAUFWAND		
in Tsd. €	2017	2016
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-479.482	-431.132
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-74.976	-105.868
Materialaufwand	-554.458	-537.000

8 PERSONALAUFWAND / MITARBEITER**PERSONALAUFWAND / MITARBEITER**

in Tsd. €	2017	2016
Gehälter	-210.203	-205.966
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-46.547	-32.878
davon für Altersversorgung	(-13.945)	(-)
Personalaufwand	-256.751	-238.844
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	2.754	2.762
Produktionsbereich	719	723
Sonstige Bereiche	2.035	2.039
Mitarbeiter zum Stichtag	2.798	2.683
Produktionsbereich	734	710
Sonstige Bereiche	2.064	1.973

Unter dem Begriff »Produktionsbereich« sind die Einzelfunktionen Fertigung, Service und Außenmontage zusammengefasst.

Wesentliche Gründe für die Erhöhung des Personalaufwands sind zum einen die gestiegenen Aufwendungen für Altersversorgung bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen (siehe Textziffer 30) zum anderen die Lohn- und Gehaltssteigerungen durch die Tarifierhöhung in der Metall- und Elektroindustrie in Deutschland.

Auswirkungen aus Zinssatzänderungen bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen werden im Personalaufwand gezeigt.

Die Pensionszusagen an die Vorstandsmitglieder der Drägerwerk Verwaltungs AG wurden durch die Drägerwerk AG & Co. KGaA erteilt, sodass der Pensionsaufwand und die Verpflichtungen bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA ausgewiesen werden.

9 ABSCHREIBUNGEN**ABSCHREIBUNGEN**

in Tsd. €	2017	2016
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-32.490	-28.969
Abschreibungen	-32.490	-28.969

Die Erhöhung der Abschreibungen resultiert im Wesentlichen aus den Bereichen Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

10 SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Verwaltungskosten wie Mieten, Pachten, Versicherungsprämien, Beiträge, Honorare, öffentliche Abgaben, Reisekosten, Zuführungen zu Rückstellungen, Belastungen von Konzerngesellschaften sowie Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens.

Darüber hinaus sind in diesem Posten Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 28,8 Mio. EUR (2016: 19,1 Mio. EUR) enthalten. Des Weiteren sind in dieser Position im Geschäftsjahr 2017 Aufwendungen aus derivativen Finanzinstrumenten von 18,2 Mio. EUR (2016: 27,4 Mio. EUR) enthalten.

11 ERTRÄGE AUS BETEILIGUNGEN**ERTRÄGE AUS BETEILIGUNGEN**

in Tsd. €	2017	2016
Erträge aus Beteiligungen	1.255	3.441
davon aus verbundenen Unternehmen	(1.040)	(3.262)

12 ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN AUFGRUND VON ERGEBNISABFÜHRUNGSVERTRÄGEN

Der Anstieg der Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen ist im Wesentlichen auf die Gewinne der Dräger Safety AG & Co. KGaA (+40,3 Mio. EUR), der Dräger Medical International GmbH (+19,5 Mio. EUR) und der Dräger Medical Deutschland GmbH (+1,1 Mio. EUR) zurückzuführen.

Die Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen resultieren aus der Verlustübernahme des Ergebnisses der Dräger Holding International GmbH.

13 ZINSERGEBNIS**ZINSERGEBNIS**

in Tsd. €	2017	2016
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.991	3.623
davon aus verbundenen Unternehmen	(2.874)	(2.951)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-8.178	-9.529
davon an verbundene Unternehmen	(-935)	(-362)
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	(-520)	(-621)
davon aus der Ausschüttung auf Genussscheine der Serien A und K	(-1.220)	(-504)
Zinsaufwand Pensionsrückstellungen	-6.579	-6.494
Erträge aus dem Deckungsvermögen	1.926	1.155
Saldierter Betrag	-4.653	-5.339
Zinsergebnis	-9.840	-11.245

Zinsaufwendungen aus den Pensionsverpflichtungen werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den originären Erträgen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen saldiert. Im Geschäftsjahr 2017 betragen die Zinserträge aus dem Deckungsvermögen 1.926 Tsd. EUR (2016: 1.155 Tsd. EUR) und der Zinsaufwand aus den Pensionsverpflichtungen 6.579 Tsd. EUR (2016: 6.494 Tsd. EUR). Daraus resultiert im Jahr 2017 ein saldierter Betrag von 4.653 Tsd. EUR (2016: 5.339 Tsd. EUR).

Die Zinserträge gegenüber verbundenen Unternehmen betragen 2.874 Tsd. EUR (2016: 2.951 Tsd. EUR).

Der gegenüber 2016 niedrigere Zinsaufwand resultiert aus der Veränderung des Zinsniveaus.

14 STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

in Tsd. €	2017	2016
Tatsächliche Steuern	- 21.291	- 1.717
Latenter Steueraufwand / -ertrag aus zeitlichen Unterschieden	7.445	- 9.421
Latenter Steueraufwand / -ertrag aus Verlust- und Zinsvorträgen	- 2.801	- 4.282
Latenter Steueraufwand / -ertrag	4.644	- 13.703
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 16.647	- 15.420

Als Ertragsteuern werden die Körperschaftsteuer, der darauf entfallende Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer sowie die Veränderungen der latenten Steuern für den steuerlichen Organkreis der Drägerwerk AG & Co. KGaA ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2017 zeigt die Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen einen latenten Steuerertrag von 4.644 Tsd. EUR (Steueraufwand im Jahr 2016: 13.703 Tsd. EUR). Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte auf Basis eines Ertragsteuersatzes von 31,5 % (2016: 31,5 %). Der Ertragsteuersatz umfasst die Körperschaftsteuer sowie den darauf entfallenden Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer.

15 DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsrisiken werden sogenannte derivative Finanzinstrumente eingesetzt, insbesondere Devisentermingeschäfte und Zins-Swaps. Die Geschäfte werden nur mit Banken hoher Bonität abgeschlossen und sind auf Finanzierungsvorgänge beschränkt. Das Volumen der Devisentermingeschäfte umfasst im Wesentlichen Kurssicherungsgeschäfte zur Absicherung operativer Geschäfte und Intercompany Darlehen.

Die Ermittlung der Zeitwerte basiert auf einer Mark-to-market-Bewertung zum Stichtag. Diese Devisentermingeschäfte wurden für unterschiedliche Währungen – beispielsweise USD, CNY, CHF – vorgenommen.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

in Tsd. €	Nominalbetrag	Laufzeit in Jahren	Zeitwert	Buchwert
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	337.970	bis 1	2.103	-3.294
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	74.532	von 1 bis 5	-182	-561
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	138.957	bis 1	2.200	-538
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	4.890	von 1 bis 5	228	-

Für unrealisierte Kursverluste aus Devisentermingeschäften wurden Drohverlustrückstellungen in Höhe von insgesamt 4.393 Tsd. EUR gebildet.

Die unrealisierten Verluste beziehungsweise Gewinne aus der Bewertung teilen sich wie folgt auf:

UNREALISIERTE GEWINNE UND VERLUSTE AUS DER BEWERTUNG

in Tsd. €	2017	2016
Verluste aus der Absicherung von		
Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling	538	3.012
Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ	3.854	-
	4.393	3.012
Gewinne aus der Absicherung von		
Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling	2.966	1.157
Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ	5.775	-
	8.741	1.157

Zinssicherungsgeschäfte

Zur Absicherung des Zinsanteils der Leasingrate für den Neubau (Grundgeschäft) wurde ein passendes gegenläufiges Zinssicherungsgeschäft in Form eines Swaps abgeschlossen. Infolgedessen liegt eine Mikro-Bewertungseinheit vor.

Der prospektive Test per 31. Dezember 2017 zeigt, dass die wesentlichen bewertungsrelevanten Parameter des Grundgeschäfts und des Hedges – Laufzeit, Referenz-Zinssatz, Zinskonvention, Tilgung und Nominalbetrag – übereinstimmen. Die Bewertungseinheit wird dementsprechend über die gesamte Sicherungsperiode als hocheffektiv eingestuft.

Zum Bilanzstichtag wurde ein Zinssicherungsgeschäft mit dem folgenden Nominalwert in die Bewertungseinheiten einbezogen:

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

in Tsd. €	Nominalbetrag	Laufzeit in Jahren	Zeitwert	Buchwert
Zinsswap ¹	12.933	ab 5	-2.428	-2.428

¹ Verbindlichkeiten in Form eines variablen Zinsanteils aus Leasingrate für Neubaufinanzierung

Es wird erwartet, dass sich die Wertänderungen des Grundgeschäftes und des Sicherungsinstrumentes somit über die nächsten sechs Jahre vollständig ausgleichen. Zur bilanziellen Abbildung, der sich im Rahmen der Bewertungseinheit ergebenden ausgleichenden Wertänderung, wird die Einfrierungsmethode angewendet.

Die Höhe des mit Zinssicherungsgeschäften abgesicherten Risikos beträgt 2.428 Tsd. EUR, das heißt in dieser Höhe wurden bis zum Abschlussstichtag negative Wert- beziehungsweise Zahlungsstromänderungen vermieden.

Erläuterungen zur Bilanz

16 IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Tsd. €	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	Geleistete Anzahlungen	Gesamt
Anschaffungs- / Herstellungskosten			
1. Januar 2017	102.999	3.113	106.112
Zugänge	4.228	1.400	5.628
Abgänge	177	–	177
Umgliederung	3.127	–3.127	–
31. Dezember 2017	110.177	1.386	111.563
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2017	86.029	–	86.029
Zugänge	9.457	–	9.457
Abgänge	177	–	177
Umgliederung	–	–	–
31. Dezember 2017	95.309	–	95.309
Nettobuchwert 31. Dezember 2017	14.868	1.386	16.254
Nettobuchwert 31. Dezember 2016	16.970	3.113	20.083

Bei den Zugängen zu den immateriellen Vermögensgegenständen des laufenden Geschäftsjahres handelt es sich im Wesentlichen um den Erwerb von Software in Höhe von 4,2 Mio. EUR (2016: 3,3 Mio. EUR) und geleistete Anzahlungen auf noch nicht fertig gestellte Software in Höhe von 1,4 Mio. EUR (2016: 2,0 Mio. EUR).

17 SACHANLAGEN

SACHANLAGEN

in Tsd. €	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- / Herstellungskosten					
1. Januar 2017	224.288	6.391	134.053	33.300	398.032
Zugänge	6.229	393	12.173	23.820	42.615
Abgänge	2.042	120	7.915	35	10.112
Umgliederung	12.020	705	12.344	-25.069	-
31. Dezember 2017	240.495	7.369	150.655	32.016	430.535
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2017	109.021	4.761	96.882	-	210.664
Zugänge	7.416	526	15.092	-	23.034
Abgänge	1.985	104	7.094	-	9.183
Umgliederung	-7	-	7	-	-
31. Dezember 2017	114.445	5.183	104.887	-	224.515
Nettobuchwert 31. Dezember 2017	126.050	2.186	45.768	32.016	206.020
Nettobuchwert 31. Dezember 2016	115.267	1.630	37.171	33.300	187.368

Die Investitionen des Geschäftsjahres im Bereich des Sachanlagevermögens betragen 42,6 Mio. EUR (2016: 42,6 Mio. EUR). Davon entfallen auf Gebäudeneubauten und -umbauten 6,2 Mio. EUR (2016: 12,5 Mio. EUR) und auf Ersatzbeschaffung von Werkzeugen und Betriebsausstattung 12,2 Mio. EUR (2016: 8,2 Mio. EUR). Die Zugänge der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 23,8 Mio. EUR (2016: 17,8 Mio. EUR) stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Fertigstellung eines Gebäudes und der Anfertigung diverser Werkzeuge.

18 FINANZANLAGEN

FINANZANLAGEN

in Tsd. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	Beteiligungen	Sonstige Ausleihungen	Gesamt
Anschaffungs- / Herstellungskosten					
1. Januar 2017	587.898	20.482	145	731	609.257
Zugänge	–	7.889	8	–	7.897
Abgänge	–	1.799	–	127	1.926
31. Dezember 2017	587.898	26.572	153	604	615.228
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2017	2.632	2.006	26	–	4.664
Zugänge	–	–	–	–	–
Abgänge	–	472	–	–	472
Zuschreibungen	2.632	–	–	–	2.632
31. Dezember 2017	–	1.534	26	–	1.560
Nettobuchwert 31. Dezember 2017	587.898	25.038	127	604	613.668
Nettobuchwert 31. Dezember 2016	585.266	18.476	119	731	604.592

Im Geschäftsjahr 2017 hat die Drägerwerk AG & Co. KGaA eine Wertaufholung bei den Anteilen an der brasilianischen Tochtergesellschaft Dräger do Brasil Ltda. vorgenommen. Die Zugänge bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen resultieren hauptsächlich aus langfristigen Mieterdarlehen an zwei Vermietungsgesellschaften, MOLVINA KG, Düsseldorf und DRENITA KG, Düsseldorf, im Zusammenhang mit Immobilien-Leasingverträgen bezüglich eines Büro- und Entwicklungsgebäudes und Fertigungsgebäudes.

19 VORRÄTE

Der ausgewiesene Vorratsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

VORRÄTE

in Tsd. €	2017	2016
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	58.679	58.751
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	9.420	8.794
Fertige Erzeugnisse und Waren	49.899	46.888
Erhaltene Anzahlungen	-2.245	-1.105
Vorräte	115.753	113.328

20 FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE**

in Tsd. €	2017	2016
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	52.960	53.320
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(2.168)	(244)
Übrige Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	534.974	492.353
davon aus Lieferungen und Leistungen	(301.046)	(279.623)
Sonstige Vermögensgegenstände	13.785	9.206
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	(1.066)	(1.278)
	548.759	501.559
Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände	601.719	554.879

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen im Wesentlichen aus Cash-Management.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungsguthaben, Guthaben bei Lieferanten, Steuerguthaben, die aus Ertrag- und Umsatzsteuer resultieren, Forderungen an Mitarbeiter sowie sonstige Forderungen, die außerhalb des Warenverkehrs liegen.

21 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Die Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ausschließlich transitorische Abgrenzungen.

22 AKTIVE LATENTE STEUERN

Insgesamt erwartet die Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin zum 31. Dezember 2017 aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen eine zukünftige Steuerentlastung von 48.693 Tsd. EUR (2016: 44.049 Tsd. EUR). Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte auf Basis eines Ertragsteuersatzes von 31,5 %

(2016: 31,5 %). Der Ertragsteuersatz umfasst die Körperschaftsteuer sowie den darauf entfallenden Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer. Die Erhöhung der latenten Steueransprüche resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung von temporären Differenzen aus dem Ansatz und der Bewertung der Pensionsrückstellungen.

AKTIVE LATENTE STEUERN / PASSIVE LATENTE STEUERN

in Tsd. €	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2017	2016	2017	2016
Anlagevermögen	3.721	4.733	4.036	3.589
Umlaufvermögen	10.082	7.008	–	793
Rechnungsabgrenzungsposten	132	12	–	–
Rückstellungen	38.800	33.791	–	–
Verbindlichkeiten	33	86	39	–
Aktive latente Steuern auf Verlust- und Zinsvorträge	–	2.801	–	–
Bruttowert	52.768	48.431	4.075	4.382
Saldierung	–4.075	–4.382	–4.075	–4.382
Bilanzansatz	48.693	44.049	–	–

In Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurden für den Überhang aktive latente Steuern bilanziert.

23 AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG

Das Deckungsvermögen wurde mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen aus der neuen Versorgungsordnung gemäß § 246 Absatz 2 Satz 2 HGB verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens den Betrag der Pensionsverpflichtungen, wird der übersteigende Betrag unter der Position »Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung« aktiviert.

Der in der nachstehenden Tabelle genannte beizulegende Zeitwert des angelegten Deckungsvermögens wurde, soweit es sich um Fondsanteile handelt, aus dem Börsenkurs des Fondsvermögens am Abschlussstichtag abgeleitet.

AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG

in Tsd. €	2017	2016
Beizulegender Zeitwert des angelegten Deckungsvermögens	68.609	60.640
Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen des Rentenplans 2005	–66.286	–53.741
Überschuss des Vermögens über die Pensionsverpflichtungen	2.323	6.899
Anschaffungskosten des angelegten Deckungsvermögens	57.806	51.487

Bei dem Deckungsvermögen handelt es sich um Anteile an einem ausschließlich für Dräger aufgelegten Spezialfondsvermögen-Wertpapier – Kenn-Nº A0HG1B – und einem Abrechnungskonto. Das Fondsvermögen wird von dem AllianzGI-Fonds treuhänderisch für die Drägerwerk AG & Co. KGaA verwaltet und ist dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen.

Dieses Fondsvermögen und das Abrechnungskonto dienen der Sicherung der Pensionsverpflichtungen nach der neuen Versorgungsordnung und unterliegen besonderen Verfügungsbeschränkungen.

24 GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital der Drägerwerk AG & Co. KGaA beträgt 45.466 Tsd. EUR (2016: 45.466 Tsd. EUR).

Das Grundkapital ist unverändert zum Vorjahr aufgeteilt in 10.160.000 nennbetragslose Kommandit-Stammaktien sowie 7.600.000 nennbetragslose Kommandit-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

Der Nominalwert beider Aktiegattungen beträgt 2,56 EUR. Die persönlich haftende Gesellschafterin Drägerwerk Verwaltungs AG ist nicht am Kapital beteiligt.

Das gezeichnete Kapital ist voll eingezahlt. Die Vorzugsaktien und die Stammaktien werden unverändert am Kapitalmarkt gehandelt.

Die Vorzugsaktien haben mit Ausnahme des Stimmrechts die mit den Stammaktien verbundenen Rechte. Zum Ausgleich des fehlenden Stimmrechts wird auf Vorzugsaktien aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 0,13 EUR je Aktie vorab ausgeschüttet.

Anschließend wird auf Stammaktien eine Dividende von 0,13 EUR je Aktie ausgeschüttet, soweit der Gewinn hierfür ausreicht. Ein darüber hinausgehender Gewinn wird, soweit er ausgeschüttet wird, so verteilt, dass Vorzugsaktien gegenüber Stammaktien eine Mehrdividende von 0,06 EUR je Aktie erhalten.

Reicht in einem oder mehreren Geschäftsjahren der Gewinn nicht zur Ausschüttung der Vorwegdividende auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge aus dem Gewinn der folgenden Geschäftsjahre nachgezahlt, bevor eine Dividende auf Stammaktien ausgeschüttet wird.

Wird ein Rückstand nicht im Folgejahr neben dem vollen Vorzug für dieses Jahr nachgezahlt, so haben die Vorzugsaktionäre das Stimmrecht, bis die Rückstände nachgezahlt sind.

Im Falle der Liquidation erhalten Vorzugsaktionäre insgesamt vorab 25 % vom Gesamtliquidationserlös. Der verbleibende Liquidationserlös wird auf alle Aktien gleichmäßig verteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. April 2016 ist die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, das Grundkapital bis zum 26. April 2021 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stammaktien und/oder Vorzugsaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu 11.366.400,00 EUR zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Die Ermächtigung umfasst die Befugnis, unter Beachtung der zulässigen Höchstgrenze gemäß § 139 Abs. 2 AktG wahlweise neue Stammaktien und/oder Vorzugsaktien ohne Stimmrecht auszugeben, die bei der Verteilung des Gewinns und/oder des Gesellschaftsvermögens den bisher ausgegebenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehen.

Bei gleichzeitiger Ausgabe von Stamm- und Vorzugsaktien unter Wahrung des zum Zeitpunkt der jeweiligen Ausgabe bestehenden Beteiligungsverhältnisses der beiden Aktien-

gattungen wird die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung auszuschließen (gekreuzter Bezugsrechtsausschluss). Auch in diesem Fall ist die persönlich haftende Gesellschafterin zu einem weitergehenden Bezugsrechtsausschluss nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen berechtigt.

Die persönlich haftende Gesellschafterin wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

- (i) um Spitzenbeträge auszugleichen;
- (ii) wenn die Aktien gegen Sacheinlage, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen oder von sonstigen Vermögensgegenständen oder von Ansprüchen auf den Erwerb von sonstigen Vermögensgegenständen einschließlich Forderungen gegen die Gesellschaft oder gegen von ihr im Sinne des § 17 AktG abhängige Unternehmen, ausgegeben werden;
- (iii) wenn die Aktien der Gesellschaft gegen Bareinlage ausgegeben werden und der Ausgabepreis je Aktie den Börsenpreis der im Wesentlichen gleich ausgestatteten, bereits börsennotierten Aktien der betreffenden Gattung zum Zeitpunkt der Ausgabe der Aktien nicht wesentlich unterschreitet. Der Bezugsrechtsausschluss kann in diesem Fall jedoch nur vorgenommen werden, wenn die Anzahl der in dieser Weise ausgegebenen Aktien zusammen mit der Anzahl anderer Aktien, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden, und der Anzahl der Aktien, die durch Ausübung oder Erfüllung von Options- und/oder Wandlungsrechten beziehungsweise -pflichten aus Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen und/oder Genussrechten entstehen können, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 Prozent des Grundkapitals weder zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Ermächtigung noch zum Zeitpunkt der Ausgabe der neuen Aktien überschreitet;
- (iv) soweit es erforderlich ist, um Inhabern beziehungsweise Gläubigern von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit Options- und/oder Wandlungsrechten beziehungsweise -pflichten, die von der Gesellschaft oder einer ihrer Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise nach Erfüllung von Optionsausübungs- oder Wandlungspflichten zustehen würde.

Der auf neue Aktien, für die das Bezugsrecht aufgrund dieser Ermächtigung ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag am Grundkapital darf zusammen mit dem anteiligen Betrag am Grundkapital, der auf eigene Aktien oder auf neue Aktien aus einem anderen genehmigten Kapital entfällt oder auf den sich Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise -pflichten aus Optionen, Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen und/oder Genussrechten beziehen, die jeweils während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss veräußert beziehungsweise ausgegeben worden sind, 20 Prozent des Grundkapitals nicht überschreiten. Von dieser Beschränkung auf 20 Prozent des Grundkapitals ausgenommen sind Aktien, die unter gekreuztem

Bezugsrechtsausschluss ausgegeben werden. Maßgeblich für die Berechnung der 20 Prozent-Grenze ist das vorhandene Grundkapital im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung, je nachdem zu welchem dieser Zeitpunkte der Grundkapitalbetrag am geringsten ist.

Die persönlich haftende Gesellschafterin wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates den Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienaussgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist anzupassen.

Stimmrechtsmitteilungen

Gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG sind Angaben über das Bestehen von Beteiligungen zu machen, die nach § 21 Abs. 1 oder Abs. 1a des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) dem Unternehmen mitgeteilt worden sind.

Der folgenden Tabelle können die im Berichtsjahr der Drägerwerk AG & Co. KGaA mitgeteilten meldepflichtigen Beteiligungen entnommen werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben zu den Beteiligungen nach Berichtsaufstellung überholt sein können.

MITGETEILTE MELDEPFLICHTIGE BETEILIGUNGEN

Meldepflichtiger	Datum des Über- oder Unterschreitens	Meldeschwelle	Zurechnung gemäß WpHG	Beteiligung	Beteiligung in Stimmrechten
Staat Norwegen, Oslo, Norwegen	30.03.2017	3 % Überschreitung	§ 34	3,01 %	305.354
Staat Norwegen, Oslo, Norwegen	03.04.2017	3 % Unterschreitung	§ 34	1,41 %	142.876
Staat Norwegen, Oslo, Norwegen	10.04.2017	3 % Überschreitung	§ 34	3,05 %	309.920

25 KAPITALRÜCKLAGE**KAPITALRÜCKLAGE**

Die Kapitalrücklage der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist entstanden aus Aufgeldern	Betrag in Tsd. €
anlässlich der Gründung (Umwandlung) der Gesellschaft	2.556
anlässlich der Kapitalerhöhungen	
vom März 1979	5.726
vom Juni 1981	7.016
vom Juli 1991	23.569
	38.867
Dividendenrückzahlung Stefan Dräger in 2009	582
Erhöhung der Kapitalrücklage in 2010 durch die Ausgabe von 3.810.000 neuen Stammaktien	95.277
Ersatz der variablen Optionskomponente durch eine Eigenkapitalkomponente	26.540
Ausübung von vier Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2013	12.190
Ausübung von elf Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2014	33.487
Ausübung von zehn Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2015	30.274
Kapitalrücklage zum 31. Dezember 2017	237.217

Die Kapitalrücklage ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

26 GEWINNRÜCKLAGEN

Die Gewinnrücklagen veränderten sich im Geschäftsjahr 2017 nicht. Bei den zum 31. Dezember 2017 ausgewiesenen Gewinnrücklagen in Höhe von 199.191 Tsd. EUR (2016: 199.191 Tsd. EUR) handelt es sich um Einstellungen aus vorangegangenen Jahren.

27 ENTWICKLUNG BILANZGEWINN**ENTWICKLUNG BILANZGEWINN**

	Betrag in Tsd. €
Bilanzgewinn 31. Dezember 2016	398.300
0,13 EUR Dividende auf 10.160.000 Stück Stammaktien	1.321
0,19 EUR Dividende auf 7.600.000 Stück Vorzugsaktien	1.444
Gewinnvortrag 2017	395.535
Jahresüberschuss 2017	148.343
Bilanzgewinn 31. Dezember 2017	543.878

28 ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

Der zur Ausschüttung gesperrte Betrag beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 86.021 Tsd. EUR (2016: 73.605 Tsd. EUR). Die Ermittlung für 2017 beruht auf § 268 Abs. 8 HGB und § 253 Abs. 6 HGB.

ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

in Tsd. €	Ausschüttungssperre			
	2017	Latente Steuern	2017	2016
Zeitwert des Deckungsvermögens, welches die Anschaffungskosten übersteigt	10.804	-3.403	7.403	6.270
Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs.6 HGB	26.524	-8.355	18.169	13.975
Aktivsaldo übrige latente Steuern		60.451	60.451	53.360
Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge	37.328	48.693	86.021	73.605
Zur Deckung zur Verfügung stehende Eigenkapitalanteile			743.650	598.072
Frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile			657.629	524.467

Die Bewertung des Spezialfondsvermögens der neuen Versorgungsordnung erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum Zeitwert. Dieser beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 68.609 Tsd. EUR (2016: 60.640 Tsd. EUR) und liegt damit um 10.804 Tsd. EUR über den Anschaffungskosten von 57.806 Tsd. EUR (2016: 51.487 Tsd. EUR). Bei dem ermittelten Betrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von 26.524 Tsd. EUR (2016: 20.402 Tsd. EUR) handelt es sich um den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungsverpflichtung mit dem vorgeschriebenen Zehn-Jahres-Durchschnittszinssatz und dem Sieben-Jahres-Durchschnittszinssatz. Dem die Anschaffungskosten übersteigenden Betrag stehen frei verfügbare Gewinnrücklagen in Höhe von 199.191 Tsd. EUR (2016: 199.191 Tsd. EUR), freie Kapitalrücklagen von 582 Tsd. EUR (2016: 582 Tsd. EUR) sowie ein Bilanzgewinn von 543.878 Tsd. EUR (2016: 398.300 Tsd. EUR) gegenüber.

29 GENUSSSCHEINKAPITAL**GENUSSSCHEINKAPITALBEDINGUNGEN**

	Kündigungsrecht der Drägerwerk AG & Co. KGaA	Kündigungsrecht des Genussscheininhabers	Verlustbeteiligung	Mindestverzinsung	Ausschüttung auf die Genussscheine
				€	
Serie A	ja	nein	nein	1,30	Dividende auf Kommandit-Vorzugsaktie × 10
Serie K	ja	ja	nein	1,30	Dividende auf Kommandit-Vorzugsaktie × 10
Serie D	ja	ja	ja	-	Dividende auf Kommandit-Vorzugsaktie × 10

Das Genussscheinkapital aus den bis zum 30. Juni 1991 begebenen Genussscheinen ist Bestandteil der Wertpapierserie A und wird im Fremdkapital ausgewiesen. Das nach dem

30. Juni 1991 geschaffene Genussscheinkapital der Wertpapierserie K wird ebenfalls im Fremdkapital ausgewiesen.

Die Genussscheinbedingungen für die Serie K unterscheiden sich von denjenigen für die bis zum 30. Juni 1991 bereits im Umlauf befindlichen Genussscheine (Serie A) durch ein Kündigungsrecht der Genussscheininhaber frühestens zum 31. Dezember 2021 mit einer Ankündigungsfrist von fünf Jahren und danach alle fünf Jahre.

Seit der Hauptversammlung 1997 werden Genussscheine der Serie D begeben, die im Wesentlichen hinsichtlich der Mindestverzinsung, einer Verlustbeteiligung der Genussscheine und entsprechender Aufholmechanismen geändert wurden. Der Entfall der Mindestverzinsung entspricht dem Ausfall der Vorzugsdividende bei Vorzugsaktien. Entsprechend der Nachzahlung der Vorzugsdividende auf Vorzugsaktien wird auch die entfallene Ausschüttung auf die Genussscheine nachbezahlt. Das Kündigungsrecht der Genussscheininhaber der Serie D kann mit einer Kündigungsfrist von mindestens fünf Jahren alle fünf Jahre zum Ende eines Kalenderjahres, erstmals zum 31. Dezember 2026, ausgeübt werden. Die Genussscheine der Serie D werden im Eigenkapital ausgewiesen.

Seit dem 1. Dezember 1999 beträgt der Grundbetrag der Genussscheine 25,56 EUR. Eine Kündigung durch die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist nicht beabsichtigt. Im Falle einer Kündigung durch den Genussscheininhaber entspricht der Rückzahlungsbetrag dem durchschnittlichen Mittelkurs der letzten drei Monate an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, höchstens dem gewogenen Mittel der Ausgabekurse dieser Tranche. Die Ausschüttung auf die Genussscheine beträgt das Zehnfache der Dividende auf Vorzugsaktien, da ursprünglich der Nominalwert der Wertpapiere identisch war, der rechnerische Nominalwert der Vorzugsaktien aber mittlerweile auf 1/10 des ursprünglichen Nominalwerts gesplittet wurde.

Im Einzelnen verweisen wir auf die Genussscheinkapitalbedingungen für die Serien A, K und D.

GENUSSSCHEINKAPITAL

	Anzahl	Nominalwert	Aufgeld	Genussscheinkapital
		€	€	€
Im Fremdkapital ausgewiesen				
Serie A	195.245	4.990.462,20	7.642.509,00	12.632.971,20
Serie K	69.887	1.786.311,72	1.168.305,27	2.954.616,99
	265.132	6.776.773,92	8.810.814,27	15.587.588,19
Im Eigenkapital ausgewiesen				
Serie D	566.819	14.487.893,64	14.023.388,96	28.511.282,60
Stand 31. Dezember 2017 (Serie A, K und D)	831.951	21.264.667,56	22.834.203,23	44.098.870,79

Im Geschäftsjahr 2017 sowie im Vorjahr wurden weder Genussscheine ausgegeben noch zurückgekauft.

30 RÜCKSTELLUNGEN

Die Pensionsverpflichtungen für das Geschäftsjahr 2017 wurden anhand des allgemein anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Außerdem werden zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Ab- und Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen basiert auf dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren.

Die Bewertung der unmittelbaren Pensionsrückstellungen basiert auf folgenden Rechnungsgrundlagen:

VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE ANNAHMEN

in Tsd. €	2017	2016
Abzinsungssatz	3,68 %*	4,01 %*
Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %
Künftige Rentensteigerungen	1,00 – 1,75 %	1,00 – 1,75 %
Durchschnittliche Mitarbeiterfluktuation	3,00 %	3,00 %

* Auf Basis des von der Bundesbank veröffentlichten Zinssatzes vom 31. Oktober 2017 prognostizierte Zinssatz (von der Bundesbank veröffentlichter Zinssatz vom 31. Dezember 2017: 3,68 %)

Übrige Rückstellungen**ÜBRIGE RÜCKSTELLUNGEN**

in Tsd. €	2017	2016
Steuerrückstellungen	34.517	13.580
Sonstige Rückstellungen	76.632	89.756
Übrige Rückstellungen	111.149	103.336

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Vorsorgen, vor allem für die Abdeckung von Garantieverpflichtungen (9.115 Tsd. EUR), für ausstehende Lieferantenrechnungen (12.810 Tsd. EUR), für noch zu erbringende Leistungen (1.045 Tsd. EUR), für Prozesskosten/-risiken (741 Tsd. EUR), für ungewisse Verbindlichkeiten, die überwiegend aus projektbezogenen Verpflichtungen entstanden sind (5.898 Tsd. EUR) sowie für diverse sonstige Risiken.

Die Rückstellungen für die Abdeckung von Verpflichtungen aus dem Personalbereich betragen 36.881 Tsd. EUR. Dieser Betrag beinhaltet insbesondere die Rückstellung für Erfolgsbeteiligungen der Mitarbeiter, noch nicht genommenen Urlaub, Altersteilzeit- Arbeitsverhältnisse sowie für Dienstjubiläen. Die Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse werden auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen abgeschlossen.

Für drohende Verluste aus der Abwicklung von Devisentermingeschäften (Derivative Finanzinstrumente) wurde im Geschäftsjahr 2017 eine Rückstellung in Höhe von 4,4 Mio. EUR gebildet.

31 VERBINDLICHKEITEN

VERBINDLICHKEITEN

in Tsd. €	2017				2016			
	Gesamt	Restlaufzeit			Gesamt	Restlaufzeit		
		bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre		bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre
Genussscheinkapital Serien A+K	15.588	–	15.588	15.588	15.588	–	15.588	15.588
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	157.169	47.351	109.818	15.853	182.509	25.741	156.768	24.303
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	95.302	95.302	–	–	81.735	81.735	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	133.610	133.610	–	–	142.385	142.385	–	–
davon aus Lieferungen und Leistungen	(37.607)	(37.607)	–	–	(33.867)	(33.867)	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	12.310	11.814	496	11	9.522	8.183	1.338	6
davon aus Steuern	(3.605)	(3.605)	–	–	(3.623)	(3.623)	–	–
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	–	–	–	–	(3)	(3)	–	–
Verbindlichkeiten	413.979	288.077	125.902	31.452	431.738	258.044	173.694	39.897

Durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesicherte Verbindlichkeiten bestehen nicht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Zum 31. Dezember 2017 bestehen insgesamt Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen in Höhe von 98,5 Mio. EUR (2016: 98,5 Mio. EUR). Diese haben verschiedene Restlaufzeiten, längstens bis ins Jahr 2021.

Im Geschäftsjahr 2013 hatte die Drägerwerk AG & Co. KGaA einen KfW-Tilgungskredit in Höhe von 15,9 Mio. EUR mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2023 in Anspruch genommen. Im Jahr 2017 hat Dräger davon 2,0 Mio. EUR (2016: 2,0 Mio. EUR) zurückgezahlt. Dieses Darlehen valutiert zum 31. Dezember 2017 mit einem Saldo von 11,0 Mio. EUR (2016: 13,0 Mio. EUR).

Bei den im Geschäftsjahr 2014 aufgenommenen KfW-Tilgungskrediten begann die Tilgung im Jahr 2016. Der Tilgungsbetrag für das Geschäftsjahr 2017 betrug 1,1 Mio. EUR. Diese Kredite valutieren zum 31. Dezember 2017 mit einem Gesamtsaldo in Höhe von 6,9 Mio. EUR (2016: 8,0 Mio. EUR).

Im Geschäftsjahr 2015 sind drei weitere KfW-Tilgungskredite zur Finanzierung der Neubauten im Zusammenhang mit der Zukunftsfabrik und einer Laufzeit bis zum Juni 2025 aufgenommen worden. Der Tilgungsbeginn liegt im Geschäftsjahr 2017, der Tilgungsbetrag für 2017 betrug 2,7 Mio. EUR. Die Kredite valutieren zum 31. Dezember 2017 mit einem Gesamtsaldo in Höhe von 40,4 Mio. EUR (2016: 43,1 Mio. EUR).

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren überwiegend aus Cash-Management in Höhe von 96.003 Tsd. EUR (2016: 108.518 Tsd. EUR).

Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 3,6 Mio. EUR (2016: 3,6 Mio. EUR), Verbindlichkeiten aus der Ausschüttung auf das Genussscheinkapital in Höhe von 3,8 Mio. EUR (2016: 1,6 Mio. EUR) sowie Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing in Höhe von 1,3 Mio. EUR (2016: 2,2 Mio. EUR).

Sonstige Angaben

32 HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

in Tsd. €	2017	2016
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	180.709	193.927
tatsächlich in Anspruch genommene Kreditbeträge	13.437	30.894

Die Gewährleistungsverpflichtungen sind in Höhe von 161.829 Tsd. EUR (2016: 175.046 Tsd. EUR) für Tochtergesellschaften eingegangen worden. Darüber hinaus hat die Gesellschaft für Tochterunternehmen Patronatserklärungen abgegeben.

Die finanzielle Situation der Tochtergesellschaften stellt sicher, dass diese den Verpflichtungen nachkommen werden. Somit besteht kein Risiko der Inanspruchnahme.

33 SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Konsignationslagervereinbarungen

Zum Bilanzstichtag zeigt die Drägerwerk AG & Co. KGaA Vorgänge bezüglich der Konsignationslagervereinbarungen in der Bilanz. Es erfolgt ein Ausweis sowohl im Vorratsbestand als auch bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 10,6 Mio. EUR (2016: 11,3 Mio. EUR). Bei dem Konsignationslager handelt es sich um bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA lagernde Ware, die bis zur Meldung der Entnahme im rechtlichen Sinne Eigentum des Lieferanten ist. Hieraus ergeben sich mehrere Vorteile. Zum einen liegt höchste Versorgungssicherheit vor und zum anderen verringert sich die Kapitalbindung, da die lieferantenseitige Berechnung erst nach der Materialentnahme aus dem Lager erfolgt.

Aufgrund spezieller Vertragsgestaltungen bei diesen Lieferanten liegt nicht nur der wirtschaftliche Nutzen, sondern auch das wirtschaftliche Risiko bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA. Diese Gegebenheit führt zu dem Bilanzausweis in gleicher Höhe sowohl bei den Vorräten als auch in den Verbindlichkeiten.

Miet- und Leasingverträge

Am Bilanzstichtag bestehen Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von rund 116,6 Mio. EUR; davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von rund 37,3 Mio. EUR. Die jährliche Belastung beträgt rund 9,9 Mio. EUR, davon gegenüber verbundenen Unternehmen 3,8 Mio. EUR.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beruhen hauptsächlich auf dem Immobilien-Leasingvertrag mit der MOLVINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Finkenstraße KG bezüglich des neuen Büro- und Entwicklungsgebäudes und dem Immobilien-Leasingvertrag mit der DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger Medizintechnik KG bezüglich des neuen Fertigungsgebäudes in der Revalstraße in Lübeck.

Abnahmeverpflichtungen

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist zur Absicherung der Verfügbarkeit von IT-Leistungen Abnahmeverpflichtungen mit Dienstleistern im Rahmen des üblichen Bedarfs eingegangen.

Sonstige

Durch offene Bestellungen bestehen am 31. Dezember 2017 Verpflichtungen zum Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände in Höhe von 35 Tsd. EUR (2016: 105 Tsd. EUR) und zum Erwerb von Sachanlagen von 6,8 Mio. EUR (2016: 4,3 Mio. EUR). Das Bestellobligo für Sachanlagen beruht im Wesentlichen auf Gebäudeum- und -neubauten.

Bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA besteht zum 31. Dezember 2017 eine Kapitaleinzahlungsverpflichtung auf Geschäftsanteile in Höhe von 2.997 Tsd. EUR.

Aus der Beteiligung an folgenden Zweckgesellschaften

- OPTIO Grundstück-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG,
- Dräger Grundstückverwaltungs GmbH,
- MOLVINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Finkenstraße KG
- Fimmus Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lübeck KG
- DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger Medizintechnik KG
- FUNDUS Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. KG

bestehen gegenwärtig keine wesentlichen Chancen und Risiken.

34 RECHTLICHE RISIKEN

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist in Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzklagen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit involviert. Der Vorstand geht davon aus, dass das Ergebnis der Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzklagen keine wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Vermögens- und Finanzlage oder das Geschäftsergebnis haben wird.

Vergütungsbericht

35 VERGÜTUNG DES VORSTANDS

Im Geschäftsjahr 2017 betrug die Gesamtvergütung des aktiven Vorstands 5.344.758 EUR (2016: 6.217.223 EUR). Diese setzt sich aus erfolgsunabhängigen Leistungen in Höhe von 2.295.744 EUR (2016: 2.229.519 EUR) und erfolgsbezogenen kurzfristigen Leistungen in Höhe von 1.943.195 EUR (2016: 3.985.172 EUR) sowie einer aktienbasierten Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung von 5.081 EUR (2016: 2.532 EUR) zusammen.

Das 2013 erstmals in Deutschland aufgelegte Mitarbeiterbeteiligungsprogramm wurde im Geschäftsjahr 2017 erneut angeboten. Die Vorstandsmitglieder Stefan Dräger, Gert Hartwig Lescow, Rainer Klug und Dr. Reiner Piske nahmen an diesem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm teil. Ein Vorstandsmitglied hat 13 Pakete, drei Vorstandsmitglieder haben 20 Pakete von jeweils drei Aktien zu einem Kaufpreis von 69,60 EUR pro Stück aus eigenen

Mitteln erworben. Für je drei Vorzugsaktien erhielten sie von Dräger eine Vorzugsaktie zu einem Kurswert am Einbuchungstag von 69,60 EUR gratis in ihrem jeweiligen Depot gutgeschrieben. Die Haltefrist für diese Vorzugsaktien – einschließlich der selbst erworbenen – läuft bis 31. Dezember 2019.

Soweit die Drägerwerk Verwaltungs AG Vorstandsvergütungen trägt, steht ihr nach § 11 Abs. 1 und Abs. 3 der Satzung der Drägerwerk AG & Co. KGaA ein monatlich abzurechnender Aufwendungsersatzanspruch gegen die Drägerwerk AG & Co. KGaA zu. Für die Geschäftsführung und die Übernahme der persönlichen Haftung erhält die persönlich haftende Gesellschafterin gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung der Drägerwerk AG & Co. KGaA eine gewinn- und verlustunabhängige Vergütung in Höhe von 6 % ihres im Jahresabschluss bilanzierten Eigenkapitals, die eine Woche nach der Aufstellung des Jahresabschlusses der persönlich haftenden Gesellschafterin fällig wird. Diese Vergütung betrug 93.798 EUR für das Geschäftsjahr 2017 (2016: 90.195 EUR) zuzüglich eventuell anfallender Umsatzsteuer.

Die Pensionsverpflichtungen für die Mitglieder des Vorstands sind im Jahresabschluss 2017 mit 4.369.535 EUR (2016: 3.484.166 EUR) berücksichtigt.

Im Geschäftsjahr 2017 führte die Gesellschaft den Pensionsverpflichtungen 885.369 EUR (2016: 402.970 EUR) für die Mitglieder des Vorstands zu.

PENSIONSVERPFLICHTUNGEN DES AKTIVEN VORSTANDS

in Tsd. €	Zuführung	Verpflichtung	Zuführung	Verpflichtung
	2017	31.12.2017	2016	31.12.2016
Dräger, Stefan	510.407	2.937.530	255.920	2.427.123
Lescow, Gert-Hartwig	268.439	937.280	84.923	668.841
Klug, Rainer	23.561	49.860	17.959	26.299
Piske, Dr. Reiner	24.133	48.099	21.435	23.966
Schrofner, Anton	58.829	396.766	22.733	337.937
Vorstandsmitglieder gesamt	885.369	4.369.535	402.970	3.484.166

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betragen 3.099.855 EUR (2016: 3.059.113 EUR). Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen betragen 36.758.30 EUR (2016: 36.753.872 EUR).

Bei Tod im aktiven Anstellungsverhältnis hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf Dräger-Witwen- beziehungsweise Witwerrente. Die hinterlassenen Kinder haben Anspruch auf Dräger-Waisenrenten. Die Höhe der jährlichen Dräger-Witwen- beziehungsweise Witwerrente beträgt 55 % der Dräger-Rente, die die verstorbene Führungskraft erhalten hat oder erhalten hätte, wenn sie zum Zeitpunkt des Todes erwerbsunfähig geworden wäre (fiktive Erwerbsminderungsrente). Die Höhe der Dräger-Waisenrente beträgt 10 % der fiktiven Dräger-Erwerbsminderungsrente beziehungsweise der laufenden Dräger-Rente der verstorbenen Führungskraft.

36 VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS

Die ordentliche Hauptversammlung der Drägerwerk AG & Co. KGaA hat die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats seit dem Geschäftsjahr 2011 in der Satzung festgelegt. Die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2017 beträgt 503.816 EUR (2016: 447.715 EUR).

Im Geschäftsjahr 2017 erhielten die sechs Mitglieder des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Drägerwerk Verwaltungs AG, eine Gesamtvergütung von 135.000 EUR (2016: 135.000 EUR) sowie zusätzliche Auslagenpauschalen von insgesamt 55.000 EUR (2016: 55.000 EUR). Vergütungen an Aufsichtsräte verbundener Unternehmen wurden nicht gezahlt.

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im zusammengefassten Lagebericht des Geschäftsberichts 2017.

37 TRANSAKTIONEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN UND UNTERNEHMEN

Für Stefan Dräger und die Stefan Dräger nahestehenden Gesellschaften und Personen, die Dräger-Stiftung und die Dräger Familienstiftung wurden im Geschäftsjahr 2017 Dienstleistungen in Höhe von 50 Tsd. EUR (2016: 105 Tsd. EUR) erbracht. Zum 31. Dezember 2017 bestanden hieraus keine Forderungen.

Für das assoziierte Unternehmen MAPRA Assekuranzkontor GmbH wurden im Geschäftsjahr 2017 Miet- und Dienstleistungen in Höhe von 104 Tsd. EUR (2016: 109 Tsd. EUR) von der Drägerwerk AG & Co. KGaA erbracht. Zum 31. Dezember 2017 bestanden hieraus weder Forderungen noch Verbindlichkeiten.

Claudia Dräger war im Laufe des Geschäftsjahres im Dräger-Konzern als Arbeitnehmerin angestellt. Dieses Anstellungsverhältnis wurde zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Frau Dräger ist zum Jahresende ausgeschieden.

Die Vergütungen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Arbeitsleistung außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit sind ebenfalls zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen worden. Insgesamt sind die Vergütungen von unwesentlicher Bedeutung für den Dräger-Konzern.

Die Komplementärin der Drägerwerk AG & Co. KGaA und somit die persönlich haftende Gesellschafterin mit einem Kapitalanteil von 0 % ist die Drägerwerk Verwaltungs AG. Es gibt nur wenige Transaktionen mit der Komplementärin, weil diese lediglich verwaltende Funktionen ausübt. Die persönlich haftende Gesellschafterin hat Anspruch auf Ersatz aller ihrer mit der Geschäftsführung für die Drägerwerk AG & Co. KGaA zusammenhängenden Aufwendungen. Hierzu zählt die vertragsgemäße Vergütung ihrer Organe. Diese Auslagen setzen sich zusammen aus der Vergütung des Vorstands, der Vergütung ihres Aufsichtsrats, der Haftungsvergütung sowie sonstiger Aufwendungen.

Gegenüber der Drägerwerk Verwaltungs AG bestanden zum 31. Dezember 2017 Forderungen in Höhe von 10 Tsd. EUR (2016: 0 Tsd. EUR) und Verbindlichkeiten in Höhe von 6,2 Mio. EUR (2016: 5,1 Mio. EUR).

Alle Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt.

38 HONORAR DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Das vom Abschlussprüfer der Gesellschaft über das Geschäftsjahr 2017 berechnete Gesamthonorar wird aufgeschlüsselt nach Abschlussprüferleistung, anderen Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen und sonstigen Leistungen in der entsprechenden Angabe des Konzernabschlusses der Drägerwerk AG & Co. KGaA angegeben.

Die Abschlussprüfungsleistungen beinhalten vor allem die Honorare für die Konzernabschlussprüfung sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. Die Honorare für die Bestätigungsleistungen umfassen im Wesentlichen gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsleistungen, unter anderem EMIR. In den Honoraren für Steuerberatungsleistungen sind insbesondere Honorare für die steuerliche Beratung im Bereich der Verrechnungspreise, für die Steuerberatung bei laufenden und geplanten Transaktionen und konzerninternen Reorganisationen enthalten. Die Honorare für sonstige Leistungen umfassen überwiegend projektbezogene Beratungsleistungen.

**39 WESENTLICHE DIREKTE UND INDIREKTE BETEILIGUNGEN
DER DRÄGERWERK AG & CO. KGAA**

ANTEILSBESITZ DER DRÄGERWERK AG & CO. KGAA, STAND 31. DEZEMBER 2017

	Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
		direkt	indirekt	Eigenkapital	Ergebnis
Deutschland					
	Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck	100		151.872	0 ¹
	Dräger Medical Deutschland GmbH, Lübeck	100		26.047	0 ¹
	Dräger Electronics GmbH, Lübeck	100		-9.073	-70
	Dräger Medizin System Technik GmbH, Lübeck	100		1.598	2
	Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck	100		1.120	0 ¹
	Dräger TGM GmbH, Lübeck		100	1.002	39 ¹
	Dräger MSI GmbH, Hagen		100	1.747	0 ¹
	Dräger Medical ANSY GmbH, Lübeck	100		2.826	0 ¹
	Dräger Interservices GmbH, Lübeck	30	70	846	205 ¹
	Dräger Gebäude und Service GmbH, Lübeck	100		432	26 ¹
	Dräger Medical International GmbH, Lübeck	89,452	10,548	231.945	0 ¹
	MAPRA Assekuranzkontor GmbH, Lübeck	49		858	595 ²
	Fachklinik für Anästhesie und Intensivmedizin Vahrenwald GmbH, Lübeck		100	-7.673	0 ¹
	Dräger Energie GmbH, Lübeck		100	25	0
	FIMMUS Grundstücks-Vermietungs GmbH, Lübeck	100		30	0 ^{1,3}
	Dräger Finance Services GmbH & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe	95		543	58 ³
	OPTIO Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG, Lübeck	100		-684	8 ³
	FIMMUS Grundstücks-Vermietungs Gesellschaft mbH & Co. Objekt Lübeck KG, Lübeck	100		77	5 ³
	MOLVINA Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Finkenstraße KG, Düsseldorf	100		128	7 ³
	DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger Medizintechnik KG, Düsseldorf	100		-27	5 ³
	Dräger Grundstücksverwaltungs GmbH, Lübeck	100		35	2
	Dräger Holding International GmbH, Lübeck	100		59.471	0 ¹
	FUNDUS Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. KG, Lübeck	100		4.728	335 ³
	bentekk GmbH, Hamburg		51	-499	-253
Europa					
Belgien					
	Dräger Medical Belgium NV, Wommel		100	9.576	739
	Dräger Safety Belgium NV, Wommel		100	7.338	589
Bulgarien					
	Draeger Medical Bulgaria EOOD, Sofia		100	462	72
	Draeger Safety Bulgaria EOOD, Sofia		100	376	71
Dänemark					
	Dräger Danmark A/S, Herlev		100	1.456	362
Finnland					
	Dräger Suomi Oy, Helsinki		100	1.126	296
Frankreich					
	Dräger Médical SAS, Antony		100	23.967	2.445
	Draeger Safety France SAS, Strasbourg		100	14.651	2.036
	AEC SAS, Antony		100	2.288	339
Griechenland					
	Draeger Hellas A.E. for Products of Medical and Safety Technology, Athen		100	1.696	323
Großbritannien					
	Draeger Safety UK Ltd., Blyth		100	38.805	9.617

¹ Ergebnisabführungsvertrag² Assoziiertes Unternehmen im Sinne von §§ 311, 312 HGB³ Vorjahr⁴ Ausgewiesener Betrag entspricht dem abführungsgesperrten Betrag

ANTEILSBESITZ DER DRÄGERWERK AG & CO. KGAA, STAND 31. DEZEMBER 2017

	Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
		direkt	indirekt	Eigenkapital	Ergebnis
Europa					
Großbritannien	Draeger Medical UK Ltd., Hemel Hempstead	52,627	47,373	7.042	1.932
Irland	Draeger Ireland Ltd., Dublin		100	230	57
Italien	Draeger Medical Italia S.p.A., Corsico-Milano		100	8.838	-109
	Draeger Safety Italia S.p.A., Corsico-Milano		100	3.165	429
Kroatien	Dräger Medical Croatia d.o.o., Zagreb		100	2.028	327
	Dräger Safety d.o.o., Zagreb		100	460	88
Niederlande	Dräger Nederland B.V., Zoetermeer		100	16.589	3.876
Norwegen	Dräger Norge AS, Oslo		100	2.326	452
	GasSecure AS, Oslo		100	974	5.413
Österreich	Dräger Austria GmbH, Wien		100	35.229	2.550
Polen	Dräger Polska sp. zo.o., Bydgoszcz		100	3.416	851
	Dräger Safety Polska sp. zo.o., Katowice		100	1.544	327
Portugal	Dräger Portugal, LDA, Lissabon	0,01	99,99	1.926	93
Rumänien	Dräger Medical Romania SRL, Bukarest		100	1.981	100
	Dräger Safety Romania SRL, Bukarest		100	875	223
Russland	Draeger OOO, Moscow		100	11.091	651
Schweden	Dräger Sverige AB, Kista		100	3.036	860
	ACE Protection AB, Svenljunga		100	2.600	741
Schweiz	Dräger Schweiz AG, Liebefeld-Bern		100	5.523	-93
Serbien	Draeger Tehnika d.o.o., Beograd		100	1.544	231
Slowakei	Dräger Slovensko s.r.o., Piestany		100	1.916	81
Slowenien	Dräger Slovenija d.o.o., Ljubljana-Crnuce		100	882	146
Spanien	Dräger Medical Hispania SA, Madrid		100	10.227	816
	Dräger Safety Hispania SA, Madrid		100	3.778	667
Tschechien	Dräger Medical s.r.o., Prag		100	3.281	-23
	Dräger Safety s.r.o., Prag		100	2.037	332
	Dräger Chomutov s.r.o., Chomutov		100	4.563	695
Türkei	Draeger Medikal Ticaret ve Servis Anonim Sirketi, Istanbul		100	2.730	-229
	Draeger Safety Korunma Teknolojileri Anonim Sirketi, Ankara		100	5.298	905
Ungarn	Dräger Safety Hungaria Kft., Budapest		100	554	181
	Dräger Medical Hungary Kft., Budapest		100	878	211
Afrika					
Marokko	Draeger Maroc SARLAU, Casablanca		100	737	15
Südafrika	Dräger Safety South Africa (Pty.) Ltd., Bryanston		69	0	0
	Dräger South Africa (Pty.) Ltd., Johannesburg		69	4.261	1.133 ⁴
	Dräger Safety Zenith (Pty.) Ltd., King William's Town		100	1.308	292
Amerika					
Argentinien	Dräger Argentina SA, Buenos Aires	10	90	3.549	1.381
Brasilien	Dräger do Brasil Ltda., São Paulo	99	1	-3.537	-439
	Dräger Industria e Comércio Ltda., São Paulo	99,999929	0,000071	6.889	-2.113
	Dräger Safety do Brasil Equipamentos de Segurança Ltda., São Paulo		100	4.972	64

ANTEILSBESITZ DER DRÄGERWERK AG & CO. KGAA, STAND 31. DEZEMBER 2017

	Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
		direkt	indirekt	Eigenkapital	Ergebnis
Amerika					
Chile	Dräger Chile Ltda., Santiago	99,99	0,01	7.080	561
	Dräger-Simsa S.A., Santiago		51	1.392	-460
Kanada	Draeger Safety Canada Ltd., Mississauga / Ontario		100	5.634	698
	Draeger Medical Canada Inc., Richmond Hill / Ontario		100	-65	850
Kolumbien	Draeger Colombia SA, Bogota D.C.	1,5	98,5	4.219	371
Mexiko	Draeger Safety S.A. de C.V., Querétaro		100	913	154
	Dräger Medical Mexico S.A. de C.V., Mexiko D.F.D.	0,002	99,998	6.309	-2.353
Panama	Draeger Panama S. de R.L., Panama	0,000560	99,99944	1.014	-71
	Draeger Panama Comercial, S. de R.L., Panama	0,005	99,995	685	342
Peru	Draeger Peru S.A.C., Piso Miraflores-Lima	0,0001	99,9999	2.529	43
USA	Draeger, Inc., Telford		100	44.424	2.092
	Draeger Medical Systems, Inc., Telford		100	134.603	6.987 ⁴
Asien / Australien					
China V.R.	Shanghai Dräger Medical Instrument Co., Ltd., Shanghai		100	10.442	3.417
	Draeger Safety Equipment (China) Co., Ltd., Beijing		100	12.366	676
	Dräger Medical Equipment (Shanghai) Co., Ltd., Shanghai		100	12.216	1.919
	Draeger Hong Kong Limited, Wanchai		100	1.158	169
	Draeger Medical Systems (Shanghai) Co., Ltd., Shanghai		100	9.891	-17
Indien	Draeger India Private Limited, Mumbai	100		7.524	778
	Draeger Safety India Pvt. Ltd., Mumbai		100	1.030	471
Indonesien	PT Draegerindo Jaya, Jakarta		100	1.293	-11
	PT Draeger Medical Indonesia, Jakarta	5	95	4.510	-1.392
Japan	Draeger Medical Japan Ltd., Tokio		100	9.569	388
	Draeger Safety Japan Ltd., Tokio		100	1.478	170
Malaysia	Draeger Malaysia Sdn. Bhd., Kuala Lumpur		100	1.193	-20
Philippinen	Draeger Philippines Corporation, Pasig City		100	169	0
Saudi-Arabien	Draeger Arabia Co. Ltd., Riyadh	25,5	25,5	30.992	973
Singapur	Draeger Singapore Pte Ltd., Singapore		100	4.529	1.526
Südkorea	Draeger Korea Co., Ltd., Seoul		100	3.949	335
Taiwan	Draeger Safety Taiwan Co., Ltd., Hsinchu City		100	2.185	213
	Draeger Medical Taiwan Ltd., Taipei		100	1.478	177
Thailand	Draeger Medical (Thailand) Ltd., Bangkok		100	6.588	1.135
	Draeger Safety (Thailand) Ltd., Bangkok		100	1.281	66
Vietnam	Draeger Vietnam Co., Ltd., Ho Chi Minh City		100	1.322	414
Australien	Draeger Safety Pacific Pty. Ltd., Notting Hill		100	0	2.629
	Draeger Australia Pty. Ltd., Notting Hill	100		12.353	567
Neuseeland	Draeger New Zealand Limited, Auckland		100	520	121

40 NACHTRAGSBERICHT

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Im neuen Geschäftsjahr haben sich bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts keine Vorgänge besonderer Bedeutung ereignet.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 beträgt 543.877.686,32 EUR. Darin ist ein Gewinnvortrag von 395.535.042,99 EUR enthalten. Die Drägerwerk Verwaltungs AG als Komplementärin der Drägerwerk AG & Co. KGaA beabsichtigt gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, vorzuschlagen, diesen Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

VORSCHLAG FÜR DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

in €

0,40 EUR Dividende auf 10.160.000 Stück Stammaktien	4.064.000
0,46 EUR Dividende auf 7.600.000 Stück Vorzugsaktien	3.496.000

Es wird vorgeschlagen, den verbleibenden Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2017 in Höhe von 536.317.686,32 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Organe der Gesellschaft

41 AUFSICHTSRAT DER DRÄGERWERK AG & CO. KGAA

Vorsitzender

Prof. Dr. Nikolaus Schweickart

Rechtsanwalt, Bad Homburg

ehemaliger Vorstandsvorsitzender der ALTANA AG, Bad Homburg

Vorsitzender der Administration der Stiftung Städel-Museum, Frankfurt

Aufsichtsratsmandate:

- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck (Vorsitzender)
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck (Vorsitzender)
- Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Diehl-Stiftung & Co. KG, Nürnberg (Beiratsvorsitzender)

Stellvertretender Vorsitzender

Siegfried Kasang

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Vorsitzender des Betriebsrats Dräger Lübeck, Lübeck

Bettina van Almsick

Vorsitzende des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Essen

Mitglied des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Lübeck

Mitglied des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Aufsichtsratsmandate

- Dräger Medical Deutschland GmbH, Lübeck (stellvertretende Vorsitzende)

Nike Benten

Betriebsratsmitglied des Betriebsrats Dräger Lübeck, Lübeck

Betriebsratsmitglied des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Aufsichtsratsmandate

- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck

Daniel Friedrich

1. Bevollmächtigter der IG Metall Geschäftsstelle Lübeck-Wismar, Lübeck

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck
- Premium AEROTEC GmbH, Augsburg (bis 30. Juni 2017)

Prof. Dr. Thorsten Grenz

Geschäftsführender Gesellschafter der KIMBRIA Gesellschaft für Beteiligung und Beratung mbH, Berlin

Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität, Kiel

Aufsichtsratsmandate:

- RNTS Media N. V., Amsterdam (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), bis 5. April 2017
- Gpredictive GmbH, Hamburg
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck
- Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

Stefan Lauer

ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt

Aufsichtsratsmandate:

- Lufthansa Cargo AG, Frankfurt
- People at Work Systems AG, München
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck

Uwe Lüders

Vorsitzender des Vorstands der L. Possehl & Co. mbH, Lübeck (bis 31. Juli 2017)

Aufsichtsratsmandate:

- Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH (LHG), Lübeck, Vorsitzender
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck

Walter Neundorf

Leitender Angestellter der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck

Prof. Dr. Klaus Rauscher

ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Europe AG, Berlin

Aufsichtsratsmandate:

- Vonovia SE, Düsseldorf
(stellvertretender Vorsitzender seit September 2017)
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck
- Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Stiftungsrat Berliner Philharmoniker, Berlin

Thomas Rickers

Beauftragter für die Drägerwerk AG & Co. KGaA, IG Metall
Geschäftsstelle Lübeck-Wismar, Lübeck

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck

Dr. Reinhard Zinkann

Geschäftsführender Gesellschafter der Miele & Cie. KG, Gütersloh

Aufsichtsratsmandate:

- Falke KGaA, Schmollenberg (Vorsitzender)
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck

Mitgliedschaft in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Hipp & Co., Pfaffenhofen (Verwaltungsratspräsident)
- Nobilia-Werke J. Stickling GmbH & Co. KG, Verl (Beirat)

Mitglieder des Prüfungsausschusses:

Prof. Dr. Thorsten Grenz (Vorsitzender)
Siegfried Kasang
Prof. Dr. Klaus Rauscher
Prof. Dr. Nikolaus Schweickart
Daniel Friedrich

Mitglieder des Nominierungsausschusses:

Prof. Dr. Nikolaus Schweickart (Vorsitzender)
Uwe Lüders
Dr. Reinhard Zinkann

Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses:

Vertreter der Drägerwerk Verwaltungs AG:

Prof. Dr. Thorsten Grenz
Stefan Lauer
Uwe Lüders
Prof. Dr. Klaus Rauscher

Vertreter der Drägerwerk AG & Co. KGaA:

Prof. Dr. Nikolaus Schweickart (Vorsitzender)
Dr. Reinhard Zinkann
Siegfried Kasang
Thomas Rickers

**ALS VORSTÄNDE DER DRÄGERWERK VERWALTUNGS AG
HANDELN FÜR DIE DRÄGERWERK AG & CO. KGAA**

Stefan Dräger

Vorstandsvorsitzender

Vorstandsvorsitzender der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Vorstandsvorsitzender der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

– Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck

Gert-Hartwig Lescow

Vorstand Finanzen und IT

Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

– AXA Corporate Solutions S. A., Paris

Rainer Klug

Vorstand Produktion, Logistik, Einkauf

Regionalverantwortung Amerika

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Dr. Reiner Piske

Vorstand Personal

Regionalverantwortung Europa

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

– Dräger Medical Deutschland GmbH, Lübeck

Anton Schrofner

Vorstand Innovation

Regionalverantwortung Afrika, Asien und Australien

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Lübeck, 16. Februar 2018

Drägerwerk AG & Co. KGaA
Die persönlich haftende Gesellschafterin
Drägerwerk Verwaltungs AG
diese vertreten durch ihren Vorstand

Stefan Dräger
Gert-Hartwig Lescow
Rainer Klug
Dr. Reiner Piske
Anton Schrofner

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht des Geschäftsberichts der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Lübeck, 16. Februar 2018

Drägerwerk AG & Co. KGaA
Die persönlich haftende Gesellschafterin
Drägerwerk Verwaltungs AG
diese vertreten durch ihren Vorstand

Stefan Dräger
Gert-Hartwig Lescow
Rainer Klug
Dr. Reiner Piske
Anton Schrofner

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die im Abschnitt ›Sonstige Informationen‹ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt ›Sonstige Informationen‹ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden ›EU-APrVO‹) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt ›Verantwor-

tung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- ❶ Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen
- ❷ Bilanzierung latenter Steuern

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ❶ Sachverhalt und Problemstellung
- ❷ Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ❸ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

❶ BEWERTUNG VON ANTEILEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

- ❶ Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten ›Finanzanlagen‹ Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von € 588,0 Mio (34,0 % der Bilanzsumme) ausgewiesen.

Die handelsrechtliche Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert. Die beizulegenden Werte werden als Barwerte der erwarteten künftigen Zahlungsströme, die sich aus den von den gesetzlichen Vertretern erstellten Planungsrechnungen ergeben, mittels Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt. Hierbei werden auch Erwartungen über die zukünftige Marktentwicklung und Annahmen

über die Entwicklung makroökonomischer Einflussfaktoren berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt mittels der individuell ermittelten Kapitalkosten der jeweiligen Finanzanlage. Auf Basis der ermittelten Werte sowie weiterer Dokumentationen ergab sich im Geschäftsjahr 2017 für einen Anteil an einem verbundenen Unternehmen ein Zuschreibungsbedarf in Höhe von € 2,6 Mio. Darüber hinaus ergab sich für die Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen kein Abwertungsbedarf. Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße abhängig davon, wie die gesetzlichen Vertreter die künftigen Zahlungsströme einschätzen, sowie von den jeweils verwendeten Diskontierungszinssätzen und Wachstumsraten. Die Bewertung ist daher mit wesentlichen Unsicherheiten behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der hohen Komplexität der Bewertung und der wesentlichen Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Bewertung nachvollzogen. Wir haben insbesondere beurteilt, ob die beizulegenden Werte sachgerecht mittels Discounted-Cashflow-Modellen unter Beachtung der relevanten Bewertungsstandards ermittelt wurden. Dabei haben wir uns unter anderem auf einen Abgleich mit allgemeinen und branchenspezifischen Markterwartungen sowie auf umfangreiche Erläuterungen der gesetzlichen Vertreter zu den wesentlichen Werttreibern gestützt, die den erwarteten Zahlungsströmen zugrunde liegen. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ geringe Veränderungen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Unternehmenswerts haben können, haben wir uns intensiv mit den bei der Bestimmung des verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parametern beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen.

Die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Bewertungsparameter und zugrunde gelegten Bewertungsannahmen sind unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen aus unserer Sicht insgesamt geeignet, um die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sachgerecht vorzunehmen.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zu den Finanzanlagen sind in Textziffer 18 des Anhangs enthalten.

② BILANZIERUNG LATENTER STEUERN

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden nach Saldierung gemäß § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB aktive latente Steuern in Höhe von € 48,7 Mio ausgewiesen. Vor Saldierung mit passiven latenten Steuern sind aktive latente Steuern in Höhe von € 52,8 Mio bilanziert. Der sich ergebende Überhang aktiver latenter Steuern in Höhe von € 48,7 Mio wird in Ausübung des Aktivierungswahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB angesetzt. Die Aktivierung latenter Steuern erfolgt unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips in dem Umfang, in dem es nach den Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter wahrscheinlich ist, dass in absehbarer Zukunft zu versteuernde Ergebnisse anfallen, durch die die abzugsfähigen temporären Differenzen realisiert werden können. Dazu werden, soweit nicht ausreichend passive latente Steuern aus zu versteuernden tempo-

rären Differenzen vorhanden sind, die künftigen steuerlichen Ergebnisse ausgehend von der Unternehmensplanung prognostiziert.

Aus unserer Sicht war die Bilanzierung latenter Steuern im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, da sie in hohem Maße von Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängig und daher mit Unsicherheiten behaftet ist.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem die internen Prozesse und Kontrollen zur Erfassung von Steuersachverhalten und das methodische Vorgehen zur Ermittlung, Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern beurteilt. Weiterhin haben wir die Werthaltigkeit der aktiven latenten Steuern auf abzugsfähige temporäre Differenzen auf Basis unternehmensinterner Prognosen über die zukünftige Ertragssituation der Gesellschaft beurteilt und die Angemessenheit der zugrunde liegenden Einschätzungen und Annahmen gewürdigt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

- ③ Die Angaben der Gesellschaft zu den latenten Steuern sind in Textziffer 22 des Anhangs enthalten.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die in Abschnitt ›Erklärung/Konzernerklärung zur Unternehmensführung‹ des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB.
- den Corporate Governance-Bericht nach Nr. 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (mit Ausnahme des Vergütungsberichts)
- den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB und § 315b Abs. 3 HGB

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte,

dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten

Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 10. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 28. Juni 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2009 als Abschlussprüfer der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Marko Schipper.

Hamburg, den 20. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Peter Bartels
Wirtschaftsprüfer

Marko Schipper
Wirtschaftsprüfer



Drägerwerk AG & Co. KGaA
Moislinger Allee 53 – 55
23558 Lübeck
www.draeger.com

Corporate Communications
Tel. + 49 451 882-3998
Fax + 49 451 882-3944

Investor Relations
Tel. + 49 451 882-2685
Fax + 49 451 882-3296